

Medienmitteilung des Schweizer Bauernverbands und des Schweizerischen Alpwirtschaftlichen Verbands
vom 3. Dezember 2025

Wolf: Parlament hat Probleme erkannt

Der Nationalrat hat zwei Motionen angenommen, welche die Regulierung der rasant wachsenden Wolfsbestände vereinfachen. Der Schweizer Bauernverband und der Schweizerische Alpwirtschaftliche Verband begrüssen den Abbau der bestehenden Hindernisse, was die nötige Regulierung in den betroffenen Gebieten ermöglicht. Die beiden Organisationen fordern nun eine rasche Umsetzung der Anliegen.

Nach dem Ständerat hat heute auch der Nationalrat die Motionen [25.3715](#) «Abschüsse von Wölfen in Jagdbanngebiete ermöglichen» und [25.3549](#) «Im Rudel lebender Problemwolf. Handeln muss möglich sein!» angenommen. Der Schweizer Bauernverband und der Schweizerische Alpwirtschaftliche Verband sind darüber erleichtert. Sie erwarten, dass die Umsetzung der beiden Anliegen nun rasch in die Hand genommen wird, um die Alpung von Tieren in den Sömmerungsgebieten in allen Regionen weiter zu ermöglichen.

Trotz Regulierungsmöglichkeiten gibt es immer mehr Wölfe in der Schweiz. Die Wolfspopulation in der Schweiz nimmt seit 10 Jahren exponentiell zu. In immer mehr Regionen gibt es Angriffe auf Nutztiere, was die Tierhalter unter grossen Druck setzt. Der Herdenschutz ist aufwändig, teuer und nicht immer erfolgreich. Eine Überwachung rund um die Uhr ist weder mach- noch bezahlbar. Dazu kommt das grosse Tierleid bei den gerissenen Tieren. Nutztiere haben ein Recht auf Schutz vor Grossraubtieren.

Entsprechend wichtig ist es, dass schadstiftende Wölfe rasch eliminiert und die Bestände reguliert werden können. Das aktuelle Verfahren zur Erteilung der Abschussbewilligung ist jedoch oft langwierig. Zudem zeigen die Erfahrungen, dass die Bedingungen für einen Abschuss immer noch zu restriktiv sind. Die Regulierung von Rudeltieren ist von Februar bis August praktisch unmöglich. Darüber hinaus verbietet die aktuelle Gesetzgebung das Erlegen geschützter Tiere wie Wölfe in Jagdbanngebieten, während ungeschützte Tiere wie Hirsche durchaus entnommen werden können. Bei 150'000 ha Jagdbanngebieten, die sich grösstenteils in Sömmerungsgebieten befinden, ist dies problematisch.

Rückfragen:

Ernst Wandfluh, Nationalrat & Präsident Schweizerischer Alpwirtschaftlicher Verband, Mobile 079 210 71 87

Michel Darbellay, Stv. Direktor SBV, Mobile 078 801 16 91

www.sbv-usp.ch